PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr.45 1.November 1965 Einzelpreis S 3,-

DER KOALITIONSKRACH UND DAS ARBEITENDE VOLK

DIE KAPITALISTENKLASSE VERSCHÄRFT IHRE OFFENSIVE

Straßenbahnpreiserhöhung - keine Straßenbahnpreiserhöhung, allgemeine Tariferhöhungen - keine allgemeinen Tariferhöhungen, Krach über die Hochwasserhilfe, Krach über das Budget - Regierungskrise! Der österreichische Durchschnittsbürger, also ein arbeitender Mensch, hört es im Radio, liest es in der Zeitung, und denkt angeekelt: "Schon wiederum streiten sie, schon wieder machen sie Theater, aber es bleibt eh' alles beim Alten - sie werden sich schon auf unserem Buckel einigen!" - So wahr es ist, daß sich die beiden Parteien des Proporzsystems letzten Endes noch immer darüber einig waren (wie immer ihre "Ranglerei" bei Regierungskrisen und Neuwahlen ausfiel), daß die arbeitenden Menschen die Zeche zu bezahlen haben - die Ansicht, daß eh' alles beim Alten bleiben werde, stimmt in keiner Weise! Diese Ansicht wird dem Österreicher von Radio, Fernsehen und von den Zeitungen eingebleut, damit er ruhig und passiv bleibt, wenn die kapitalistische Reaktion darangeht, ihm das Fell noch ein gutes Stück weiter über die Ohren zu ziehen !

Es bleibt nämlich durchaus nicht alles beim Alten! Seit dem Moment, da die erste Regierung Figl gebildet wurde und damit die Kapitalistenklasse die Herrschaft in Österreich auch politisch wieder fest in die Hand genommen hatte, und in verstärktem Maß seit dem Abschluß des Staatsvertrags, war das Ende jedes Koalitionsstreits, jeder

Aus dem Inhalt:

Regierungskrise und aller Neuwahlen - gleichgültig, welche der beiden Koalitionsparteien dabei Mandate gewann oder verlor - die Verstärkung der Herrschaft des Kapitals, die Verschärfung des kapitalistischen Kurses, ein neuerlicher Rechtsruck der Regierung. Als Bundeskanzler folgte auf Figl Raab, auf Raab Gorbach und auf Gorbach Klaus als der bisher reaktionärste von allen, während die SP-Führer unter der Losung der "Sozialpartnerschaft" und "Zusammenarbeit" nicht nur einen wirklichen Massenwiderstand gegen die vorstoßende Reaktion verhinderten, sondern dieser für alle Angriffe auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter den Weg freimachten. Die Lohn-Preis-Pakte, die systematische Teuerung und Reallohnentwertung, das Abwürgen wirksamer Lohnbewegungen, die Durchlöcherung des Mieterschutzes, die immer arbeiterfeindlicher werdende Steuergesetzgebung und Steuerpraxis, die unsoziale Gemeindepolitik in Wien und die immer reaktionärere Budgetpolitik in ganz Österreich - alles das sind Merkmale und Folgen dieser "Sozialpartnerschaft" und "Zusammenarbeit" mit den Repräsentanten der immer schwärzer und scharfmacherischer werdenden Reaktion.

Seit dem Abschluß des Staatsvertrags wurde Österreich von den Führungen der beiden Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ wirtschaftlich und politisch immer enger in den Herrschaftsbereich der amerikanischen Imperialisten, ihrer NATO, sowie ihrer besten Landsknechte in Europa, der westdeutschen Militaristen, eingegliedert. War es schon ein Schlag gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes, daß Österreich an den kapitalistischen EFTA-Block angehängt wurde, so steht heute bereits der Anschluß an die EWG vor der Türe - und es sieht sehr danach aus, daß weder die Sowjetregierung als Unterzeichner des Staatsvertrags noch die KPÖ dagegen ernsten Widerstand leisten werden. Im Staatsvertrag selbst sind leider kaum wirksame Klauseln enthalten, die einen solchen neuerlichen Hochverrat an Österreich verhindern könnten.

Es läßt sich nicht leugnen: der Rechtsdrall der österreichischen Regierungspolitik hat sich in der letzten Zeit bedeutend verschärft. Wie erklärt sich das? Die Gründe dafür liegen sowohl innerhalb als auch außerhalb Österreichs:

Das österreichische Kapital, wirtschaftlich erstarkt und politisch fester im Sattel als in den vergangenen Jahren, kann sich - gestützt auf die "sozialpartnerische" Politik der SP und der von ihr abhängigen Gewerkschaften, die zur Entpolitisierung und Lähmung der österreichischen Arbeiterschaft führt - heute weit mehr leisten als früher! Dazu kommen die immer spürbarer werdenden Folgen der Herrschaft Chruschtschows und seiner Nachfolger bzw. Nachbeter. Das, was die österreichische Arbeiterschaft heute von der Sowjetunion, von Ungarn, von der CSSR usw. in erster Linie zu hören und zu sehen bekommt, ist so wenig einladend, gibt so wenig Anschauungsunterricht von der Überlegenheit der sozialistischen Ordnung, daß es für das kapitalistische System keine Bedrohung mehr darstellt. Im Gegenteil! Heute werden in diesen Ländern Methoden eingeführt, die den Kapitalisten Argumente für die "Überlegenheit" ihres ausbeuterischen Wirtschaftssystems gegenüber dem sozialistischen in die Hand spielen

(Herausstreichen des Rentabilitätsgrundsatzes, des Gewinnprinzips, des materiellen Ansporns als des entscheidenden wirtschaftlichen Hebels und so weiter). Angesichts der durch den Revisionismus solcherart sabotierten und geschädigten Werbekraft des Sozialismus in unseren Nachbarländern schwillt den Kapitalisten der Kamm, haben sie umso weniger Anlaß, Konzessionen zur Besänftigung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu machen. Sie können es sich heute schon wieder leisten, von ihren Gerichten provokatorische Klassenurteile fällen zu lassen (Südtirol-Prozeß, Kümel-Prozeß) und sie demonstrieren protzig ihre militärische Macht, die offensichtlich vor allem gegen den sogenannten "inneren Feind" gerichtet ist. Dabei spielt es ihnen keine Rolle, Hunderte Millionen auszugeben, die für dringende soziale Bedürfnisse angeblich nicht vorhanden sind.

Hand in Hand mit der revisionistischen Entartung in einer Reihe sozialistischer Länder verwandelte sich unter dem Taktstock Chruschtschows und seiner Nachfolger auch der kleine Hecht im österreichischen Karpfenteich, die KPÖ, immer mehr in einen kleinen Karpfen. Unter dem Motto der sogenannten "Mitbestimmung" (sprich: "Sozialpartnerschaft") und des "friedlichen Weges zum Sozialismus" (sprich: Verzicht auf den revolutionären Kampf zur Errichtung der Arbeitermacht) ist die KPÖ aus einer marxistischen Kampfpartei zu einem dienstfertigen Helfer des proporzokratischen Herrschaftssystems der österreichischen Kapitalisten geworden (siehe Muhris plötzliche Begeisterung für die Koalitionsregierung, die er selbst früher als Herrschaftsform des Großkapitals gebrandmarkt hatte).

„China überholt 1975 USA"

Erstmals mathematische Berechnung der Macht

Frankfurt. – In zehn Jahren wird China die USA wirtschaftlich überholen und zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt werden. Diese Voraussage stammt von dem prominenten deutschen Wissenschaftler Prof. Wilhelm Fucks, Leiter des Instituts für Plasmaphysik am deutschen Atomforschungsinstitut in Jülich. Prof. Fucks hat eine mathematische Formel zur Berechnung der Macht ausgearbeitet. Sie stützt sich auf die Stahl- und Energieproduktion eines Landes, multipliziert mit der Einwohnerzahl. Er selbst gibt zu, daß diese Berechnung der Macht nicht unbedingt mit der tatsächlichen politischen Macht eines Landes in Einklang steht, da für einige wenige Staaten das politische Gewicht durch die Atombombe bestimmt wird. Das Ergebnis der jahrlangen Forschung ist in dem jetzt veröffentlichten Buch „Formeln zur Macht" enthalten. Prof. Fucks sagt darin vorher, daß China 1985 so stark sein werde wie die USA, die Sowjetunion und alle großen westlichen Staaten zusammengenommen.

Obige erschreckte Schlagzeile und die dazugehörige Nachricht erschienen am 15. Oktober d.J. auf der Titelseite des "Kurier".

Allein schon die Tatsache, daß eine solche Meldung über ein Land, das vor wenigen Jahren noch eines der wirtschaftlich rückständigsten und verelendetsten der Erde war, heute überhaupt denkbar ist (ob die genannte Jahreszahl nun stimmt oder nicht!), beweist schon den gigantischen Sprung nach vorwärts, den dieses Land unter einer konsequent marxistisch-leninistischen Führung gemacht hat, demonstriert die unerhörten Kräfte und Möglichkeiten der sozialistischen Revolution!

Die Kapitalisten, ihre Professoren und ihre Zeitungen, hätten dem sozialistischen China anläßlich seines 16. Geburtstags keine tiefere Reverenz erweisen können, als mit dieser für sie so schrecklichen, für uns aber so begeisternden Nachricht, die trotz ihrer spekulativen Details den richtigen Grundgedanken enthält, daß der Sozialismus unendlich stärker ist als der Kapitalismus.

Es liegt auf der Hand, daß die österreichischen Kapitalisten eine solche Situation für besonders günstig halten, um ihre Offensive vorwärtszutreiben und - nach Abhaltung vorzeitiger Neuwahlen - unverzüglich an die "Lösung" einiger Probleme zu gehen, die sie bisher noch nicht in dem von ihnen gewünschten reaktionären Sinn zu lösen vermochten, wie etwa die Wohnungsfrage, die Tarifprobleme, die Habsburgerfrage, die Aufrüstung usw. usf. Nicht zuletzt haben sie es auch deshalb eilig, die nächsten Wahlen hinter sich zu bringen, weil sich Zeichen einer Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt mehren, von der Österreich infolge seiner immer engeren Bindung an das internationale (vor allem amerikanische und westdeutsche) Monopolkapital schwer getroffen würde. Schon die ersten Windstöße eines aus dem Westen heranziehenden wirtschaftlichen "Tiefs" würden das Kartenhaus des "österreichischen Wirtschaftswunders", aufgebaut auf Überstunden und Pfuscharbeit, auf Ratenverschuldung und Kredite, in sich zusammenbrechen lassen. Begreiflich, daß die Proporzokraten in einer solchen Situation den Wahlkampf lieber schon hinter sich haben.

Angesichts dieser Sachlage, unter Verhältnissen, in der das große Wahltheater, dessen Ausgang man schon kennt, erstmals auch von der KPÖ unterstützt und mitgespielt wird, die der SP-Führung die Mauer macht - gleichgültig, ob sie ganz oder teilweise, direkt oder indirekt zur Stimmabgabe für Pittermann und Kreisky aufrufen wird - müssen wir Marxisten-Leninisten den arbeitenden Menschen in Stadt und Land mit aller Eindringlichkeit sagen:

> Laßt Euch nicht durch die von der Kapitalistenklasse gegängelten Parteien - ÖVP, SPÖ und FPÖ mitsamt ihrer Olah-Reserve - verwirren, laßt Euch nicht von Presse, Radio und Fernsehen verdummen, die jetzt mit einer Fülle von "Wahlschlagern" versuchen werden, Euer gesundes Urteil zu erschlagen! Laßt Euch aber auch nicht von den Mareks und Muhris, Fischers und Fürnbergs beschwatzen: Wer zur Unterstützung oder direkt zur Wahl der rechten SP-Führer aufruft, der unterstützt und wählt ebenso Klaus und Withalm! Wer versucht, den arbeitenden Menschen einzureden, an der Seite Pittermanns und Kreiskys könne man die Interessen der arbeitenden Menschen, den sozialen und politischen Fortschritt, die Demokratie, die nationale Unabhängigkeit unseres Landes und seinen Frieden schützen, der hilft mit, die Interessen der arbeitenden Menschen, Österreich und den Frieden zu verraten!

Österreich braucht eine Kraft, die in klarem, energischem Gegensatz zur durch und durch reaktionären Politik der Koalitionsparteien und ihrer scheinoppositionellen Anhängsel steht. Früher war das die KPÖ. Sie ist es nicht mehr! Vor unser aller Augen macht sie heute der SP-Führung ebenso die Mauer, wie es die SP ihrerseits der ÖVP gegenüber tut.

So zeigt sich gerade am Vorabend der kommenden Wahlen mit besonderer Eindringlichkeit die traurige Tatsache, die wir seit dem 19. Parteitag der KPÖ immer wieder in Erinnerung rufen: Es gibt heute in Österreich keine revolutionäre Arbeiterpartei mehr, es gibt daher in

unserem Lande bis zur Stunde auch noch keine organisierte Kraft, die eine Alternative zu den Parteien bildet, die bei aller Verschiedenheit doch eines gemeinsam haben: ihre Verbundenheit mit dem kapitalistischen System wachsender Ausbeutung und immer frecherer Offensiven gegen die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes.

Umso größer ist die uns Marxisten-Leninisten erwachsende Verpflichtung, umso mehr müssen wir uns anstrengen, so bald als möglich eine solche Alternative zu präsentieren, so rasch als möglich die klaffende Lücke zu schließen, die der Revisionismus in die österreichische Arbeiterbewegung gerissen hat.

KLASSENJUSTIZ!

„Der Ermordete ist schuld!"

Am 26. Oktober 1965 feierte Österreich erstmals seinen neuen Nationalfeiertag. Viele erbauliche und wohlgesetzte Reden wurden aus diesem Anlaß gehalten, schöne Kränze am Grabe der für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit gestorbenen Patrioten niedergelegt und ihnen feierlich gelobt, ihres selbstlosen Opfers stets eingedenk zu sein.

Und eben an diesem selben 26. Oktober erfuhren die Österreicher aus den Zeitungen die erschütternde Tatsache, die alle schönen Feiertagsreden Lügen strafte: Der Hauptexponent jener faschistischen Horden, die am 31. März unter den Rufen "Juden raus!" und "Hoch Auschwitz!" über Antifaschisten hergefallen waren und einen tapferen österreichischen Patrioten und Kommunisten erschlagen hatten, der Totschläger und mehrfach vorbestrafte faschistische Terrorist Gunter Kümel, war zu der lächerlichen "Strafe" von 10 Monaten Arrest verurteilt worden und wird - da ihm 7 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden - schon in den nächsten Wochen wieder gegen Antifaschisten zuschlagen können!

Sogar einige bürgerliche Zeitungen - mit Ausnahme der berüchtigten "Salzburger Nachrichten", die sogar die 10 Monate als übertrieben hart empfanden - haben sich

●

Das Urteil über Gunther Kümel ist gesprochen. Es lautet auf zehn Monate strengen Arrests. Das Wiener Schöffengericht unter dem Vorsitz von OLGR Dr. Gleissner hat den 24jährigen Studenten, der den Rentner Ernst Kirchweger während der Borodajkewycz-Demonstrationen am 31. März erschlagen hatte, nicht wegen Totschlags verurteilt; der Angeklagte habe sich, so entschied das Gericht vielmehr, in einer notwehrähnlichen Situation befunden, dabei aber mit seinem brutalen, tödlichen Faustschlag die Notwehr überschritten.

Damit hat das Gericht den Antrag des Staatsanwalts, Gunther Kümel wegen Totschlags zu verurteilen, zur Gänze verworfen. Es ist vielmehr dem Eventualantrag der Verteidigung gefolgt, für die Tat des Angeklagten Notwehrexzeß anzunehmen, wenn dieser schon nicht wegen Notwehr schlechthin freizusprechen wäre.

("Kurier" vom 26.10.1965)

●

Der Tote war schuld — mit dieser unfaßbaren, ja empörenden Begründung wurde Montag der 24jährige Gunther Kümel von der Anklage des Totschlages an dem 67 Jahre alten Anti-Borodajkewycz-Demonstranten Ernst Kirchweger freigesprochen und lediglich wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu zehn Monaten strengen Arrestes verurteilt. Der tödliche Kinnhaken des Angeklagten war nach Ansicht des Gerichtes nur eine Notwehrüberschreitung gewesen.

("Arbeiter-Zeitung", 26.10.)

über das "unverständlich milde Urteil" gewundert und es mit dem Umstand verglichen, daß in denselben Tagen ein Hilfsarbeiter wegen des Raubes einer billigen Uhr und 20 Schilling zu 6 Jahren Kerker verurteilt wurde.

Doch so aufreizend das "Strafmaß" für Kümel auch ist - die weitaus ungeheuerlichere und aufreizendere Provokation liegt in der Urteilsbegründung! Das Gericht hat dem faschistischen Schläger ausdrücklich "Notwehr" zugebilligt und ihn nicht wegen Totschlags, sondern nur wegen Überschreitung der Notwehr bestraft!

Was heißt das?

Es heißt, daß der Schläger Kümel der "Angegriffene", der von ihm erschlagene Genosse Kirchweger der "Angreifer" gewesen sei!

Es heißt, daß Kümel das Recht gehabt habe, Genossen Kirchweger niederzuschlagen, daß der Schlag aber nur etwas zu hart ausgefallen sei!

Mit einem Wort: Es heißt, daß der faschistische Schläger das Opfer, der erschlagene Antifaschist der eigentlich Schuldige gewesen sei!

Genau das ist die Methode und Argumentation, mit der 1927 die Arbeitermörder von Schattendorf freigesprochen und die Ermordeten zu den Schuldigen gestempelt wurden! Offenbar hat sich das Gericht an dem damaligen Klassenurteil, dem die Ereignisse vom Juli 1927 folgten, ein Beispiel genommen und - wenn auch in etwas verklausulierterer Form - das Opfer schuldig gesprochen und nicht den Schlächter. So hat nun auch die Zweite österreichische Republik ihr Schattendorf - und sie hat es sinnigerweise am Vorabend ihres Nationalfeiertages.

Möge sich niemand wundern, wenn klassenbewußte österreichische Arbeiter nun am 26. Oktober jedes Jahres auch daran denken: an diesem Tag haben wir erstmals wieder erfahren, was das Leben eines antifaschistischen und patriotischen Österreichers in der 2. Republik wert ist, an diesem Tag hat man uns wieder - wie 1927 - das zweifache Maß unter die Nase gehalten, mit dem der bürgerliche Klassenstaat mißt, je nachdem, ob er es mit Faschisten oder Antifaschisten zu tun hat.

Eine einigermaßen merkwürdige Art von Kommentaren zum Fall Kümel finden wir in der "Volksstimme", dem Zentralorgan der KPÖ. Schon am 21. Oktober, als sie einen Vierspalter mit dem Titel "Bärendienste für Kümel / Rechtsradikale Freunde des Angeklagten helfen, helfen und - reiten ihn hinein" veröffentlichte, fragten sich viele Leser verwundert: Sind das die Sorgen der "Volksstimme"? Wenn die "Volksstimme" damit vielleicht auch beabsichtigte, einige Nazis gegeneinander auszuspielen - lieferte sie auf diese Art nicht anderseits Argumente zugunsten des "Hineingerittenen"?

Die Verwunderung der "Volksstimmen"-Leser nahm weiter zu, als sie am 27. Oktober unter dem Balkentitel "Nationaler Bettnässer" die nebenstehenden Absätze lasen. Natürlich - das sollte ironisch sein, aber ist Ironie, noch dazu eine solche, am Platz, wo es nicht nur um die Ermordung eines Genossen, sondern um einen Mordversuch an den Rechten der Arbeiterbewegung geht? Angesichts der Tatsache, daß Kümel ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, daß er als Werkzeug der sich neu formierenden faschistischen Banden der erste Arbeitermörder der 2. Republik ist, darüber zu reden, wie lange er das Bett näßte, ist eine typisch sozialdemokratische Verharmlosung und Bagatellisierung eines Problems, bei dem es um unendlich Wichtigeres geht als um die Blasenschwäche eines Lausbuben.

> Jung-Kümel, der „Notwehrüberschreiter", ist ein Mann mit vielen Fähigkeiten. Zielbewußt, redegewandt, weiß er, was er will, und ist bereit, dafür einzustehen. Bettnässer bis zum 14. Lebensjahr, aber deutsch in seiner Gesinnung, Borodajkewycz-Anhänger aus Passion, war er bis vor kurzem nur seiner enge-
>
> Freilich, bei all den vielen positiven Eigenschaften, die der gute Kümel hat, eines muß er noch lernen: sich nicht erwischen zu lassen. Denn bei aller Sympathie, die ihm von vielen, auch einflußreichen Persönlichkeiten entgegengebracht wird, gibt es genug Übelwollende, die meinen, ein Kümel im Gefängnis sei besser als ein Kümel in Aktion.
>
> ("Volksstimme" vom 27.10.)

BOMBEN GEGEN ITALIEN SIND STRAFFREI!

"Schattendorf" - schwebte die Erinnerung daran beim Kümel-Prozeß unausgesprochen im Gerichtssaal, so war es dem Verteidiger der Südtirol-Terroristen beim Grazer Terroristenprozeß von Mitte Oktober, dem Rechtsanwalt Dr. Wührl, vorbehalten, das Beispiel der Schattendorfer Klassenjustiz rühmend zu erwähnen und die Geschworenen aufzufordern, dem politischen Terror so wie in der Ersten Republik freie Bahn zu schaffen. Die Geschworenen, nach denselben Gesichtspunkten ausgewählt, die schon im Jahre 1927 so wunderbare Bewährung fanden, haben die Empfehlung, die ihnen der Verteidiger ganz offen, eine jahrelange nationalistische Propaganda indirekt, aber nicht weniger eindringlich gab, befolgt. Die freigesprochenen Terroristen und ihre faschistischen Gesinnungsbrüder im Gerichtssaal haben ihnen dafür Blumen überreicht und mit dem Andreas-Hofer-Lied ihren "Sieg" über die "welschen" Erbfeinde gefeiert. Das Gericht duldete die unverschämte Provokation.



Die Folgen der demonstrativen Freisprüche von Subjekten, die einer Reihe von Sprengstoffattentaten gegen Einrichtungen eines Nachbarlandes sowie gegen Leben und Gesundheit unschuldiger Menschen überführt sind, werden nicht ausbleiben - auch wenn der Prozeß für einen Teil der Angeklagten wegen offensichtlicher Gesetzesverletzungen wiederholt werden muß. Bestärkt durch das Gefühl "Uns kann nix passieren! Bomben gegen Italien sind in Österreich straffrei!" werden die faschistischen Sprengstoffhelden eine verstärkte Terrorwelle in Südtirol (und morgen wohl auch anderswo!) organisieren, der italienische Staat wird mit verschärften Gegenmaßnahmen reagieren, das wird für die Terroristen wieder der Vorwand zu neuen Attentaten sein und so kann es lustig weiterknallen - zum Schaden des österreichischen, des italienischen und des Südtiroler Volkes. Es ist genau das, was die

Faschisten diesseits und jenseits der Grenzen wollen.

Die Südtirol-Terroristen haben jetzt - wie eine italienische Zeitung schrieb - eine von einem österreichischen Gericht ausgestellte Lizenz zum Töten. Sie werden von ihr Gebrauch machen. Die Blumen, welche die Grazer Geschworenen von den Terroristen bekamen, wird man bald auf frischen Gräbern brauchen.

DAS AMERIKANISCHE VORBILD

Im März des heurigen Jahres fand in Alabama (USA) eine Bürgerrechtsdemonstration amerikanischer Neger und Weißer statt. Am Rücktransport der Demonstranten, die von Selma nach Montgomery marschiert waren, beteiligte sich auch die amerikanische Demokratin Viola Greg Luizzo, eine Mutter von 5 Kindern, mit ihrem Wagen. Nahe dem Dorf Lowndesboro wurde ihr Wagen auf der Fernstraße von einem anderen überholt und beschossen, wobei Frau Luizzo durch einen Schuß ins Genick getötet wurde. Das führerlos gewordene Auto fuhr noch ein Stück weiter und landete schließlich in einem Graben, wobei ein Neger, der mit Frau Luizzo gefahren war, leicht verletzt wurde.



Viola Greg Luizzo

Sowohl das Auto, aus dem die mörderischen Schüsse kamen, als auch dessen Insassen wurden einwandfrei erkannt, der Mörder durch Zeugenaussagen überführt. (Im Mörderauto befand sich außer einigen Ku-Klux-Klan-Mitgliedern merkwürdigerweise auch ein Agent der amerikanischen Bundeskriminalpolizei !) Dennoch sprach ein zwölfköpfiges, nur aus Weißen bestehendes Geschworenengericht am 23. Oktober den Mörder frei ! Die Geschworenen - so meldete der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" am 26. Oktober aus Washington - waren "größtenteils bekannte Rassisten". Als der Freispruch des Mörders verkündet wurde, veranstalteten er und seine Freunde im Gerichtssaal eine rassistische Kundgebung.

D. B. H., London

Ein Jahr Arbeiterregierung

Die unter dem obigen Titel in "Arbeit und Wirtschaft" von Oktober 1965 erschienene Bilanz eines Jahres englischer Labour-Regierung, aus der wir nebenstehende Auszüge bringen, erscheint uns umso interessanter, als sie einem der SP nahestehenden Organ entstammt. Die Feststellungen des Autors bedürfen keines Kommentars.

Das Millennium hat sich nicht so rasch eingestellt, als viele Wähler gehofft hatten, die Preise steigen weiter, die Währungs- und Wohnungskrisen dauern unvermindert an.

Die Mehrzahl der Parteimitarbeiter und mit ihnen ungefähr 30 Prozent der Arbeiterabgeordneten, die die Arbeiter-Linke und die sozialistische Tradition in der Partei vertreten, sind enttäuscht und gelegentlich ausgesprochen erbittert und wütend.

Erste Enttäuschungen

Eines hat bestimmt alle Freunde der Regierung enttäuscht und ihre Gegner erfreut: Ein unerwarteter Mangel an Gefühl für den richtigen Zeitpunkt, das für jede Regierung unentbehrlich ist. Zwei Beispiele dieses Mangels an politischem Verständnis sind besonders charakteristisch:

Eine der ersten Handlungen der Regierung im November 1964 war die Ankündigung einer lang fälligen Erhöhung der Altersrenten (die damals 1100 Schilling im Monat ausmachten) um 20 Prozent, verbunden mit der Erklärung, daß es aus verwaltungstechnischen Gründen ganz unmöglich sein wird, diese Erhöhung vor dem März 1965 durchzuführen. Beinahe gleichzeitig erhöhten sie die Gehälter der Abgeordneten (die damals 11.000 Schilling im Monat betrugen) um 85 Prozent mit sofortiger Wirksamkeit.

Sechs Monate später, im Mai, nachdem die Regierung monatelang ununterbrochen einen Druck auf zahlreiche Arbeitergruppen die 3000 bis 4000 Schilling im Monat verdienten, ausgeübt hatte, ihre Lohnforderungen, wo dies nur halbwegs möglich sei, auf $3^1/_2$ Prozent einzuschränken, brachte sie selbst eine Verordnung im Parlament ein, die die Gehälter aller Richter, die zwischen 22.000 und 72.000 Schilling im Monat verdienten, um 35 Prozent erhöhte.

Die allergrößte Entäuschung

Die größte Enttäuschung war ohne Zweifel die Art und Weise, wie sich die Arbeiterregierung die konservative Außenpolitik in Bausch und Bogen zu eigen gemacht hat.

Die Bekehrung ist auf vier Gebieten erfolgt:

Erstens, in der Stellung zur *EWG*: In der Opposition war die Partei fest gegen den Eintritt in die EWG unter Bedingungen, wie sie damals — oder noch heute — der EWG annehmbar erscheinen könnten. Dies hat seinen Ausdruck in den fünf Eintrittsbedingungen gefunden, die die Partei 1962 formulierte: Sicherungen für die britische Landwirtschaft, Einstimmigkeit unter den EFTA-Mitgliedern, Garantien für das Commonwealth, eine unabhängige britische Außenpolitik, die Möglichkeit, einen nationalen Wirtschaftsplan nach sozialistischen Richtlinien zu entwickeln. Diese Bedingungen werden nunmehr ganz auffällig in den Hintergrund gestellt.

Zweitens, in der *Deutschlandfrage:* Nach dem Tode Gaitskells, aber noch vor seiner Wahl zum Parteiführer, sagte Harold Wilson: „Kein deutscher Finger am Drücker (der Atomwaffen), weder direkt noch indirekt und unter keinen Umständen." Dies war die Grundlage des Parteiwiderstandes gegen die „Multilaterale Streitmacht", wie sie von den Amerikanern vorgeschlagen worden war. Den Vorschlag hatten übrigens de Gaulle und die britische konservative Regierung abgelehnt. Unmittelbar nach den Wahlen, zu jedermanns Erstaunen und zur Bestürzung der Linken, schlug die Regierung vor, die Idee einer „Multilateralen Streitmacht" durch ein Programm für eine „Atlantische Kernwaffenstreitmacht" zu ersetzen. Dieser Vorschlag ist von den Amerikanern mit Begeisterung angenommen worden.

Drittens, hinsichtlich *militärischer Verpflichtungen und Verteidigungsausgaben*:

Von den 14 Nato-Ländern geben bloß die Vereinigten Staaten einen größeren Prozentsatz des BNP (Bruttonationalproduktes) für militärische Zwecke aus, nämlich 10 Prozent. Großbritannien verbraucht $7^1/_2$ Prozent, das viel blühendere Westdeutschland $6^1/_2$ Prozent, Länder wie Italien, Belgien, Dänemark und Norwegen zwischen 3 und 5 Prozent.

Viertens, zur US-Politik in *Vietnam und Santo Domingo:* Die uneingeschränkten Loyalitätskundgebungen der britischen Regierung, insbesondere des Außenministers Michael Stewart, für die amerikanische Politik in diesen zwei Gebieten — wie auch überall sonst — hat nicht nur unter den Parteifunktionären, sondern auch in der Parlamentsfraktion, eingeschlossen einige Mitglieder der äußersten Rechten, eine wahre Bestürzung ausgelöst.

Abschaffung der Dienstgradeinteilung in der Volksbefreiungsarmee

Am 22. Mai wurde vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses ein Beschluß gefaßt, die Dienstgradeinteilung in der Chinesischen Volksbefreiungsarmee abzuschaffen.

Vom Staatsrat wurden neue Kokarden, Spiegel und einige Änderungen der Uniform der VBA beschlossen. Sie ist für alle drei Truppenteile und für Offiziere und Mannschaften dieselbe, abgesehen davon, daß die Farbe der von der Flotte getragenen Uniform dunkelgrau ist. In diesen Veränderungen kommt der revolutionäre Geist und die ruhmreiche Tradition der VBA voll zum Ausdruck — einer großartigen Armee, die von der Kommunistischen Partei Chinas geführt ist und geleitet von der Lehre Mao Tse-tungs.

„Jiefangjun Bao" (Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee) brachte am 25. Mai einen Leitartikel, in dem der Beschluß des NVK als eine wichtige Maßnahme zur Entfaltung des revolutionären Geistes unserer Armee begrüßt wurde. Im Artikel heißt es, daß „diese Maßnahme bei allen Kommandeuren und Kämpfern der VBA begeisterte Unterstützung findet". Er erinnert daran, daß es während der langwierigen revolutionären Kriege in der VBA keine Dienstgradeinteilung gab und sie erst 1955 eingeführt wurde. Es heißt darin: „Zehn Jahre Praxis haben bewiesen, daß sie mit der ruhmreichen Tradition unserer Armee, mit dem innigen Verhältnis der Offiziere und Mannschaft, zwischen höheren und niedereren Rängen und zwischen Armee und Volk nicht im Einklang steht.

Der Artikel fährt fort, daß der neue Beschluß dazu beitragen wird, die revolutionäre Ideologie bei Kommandeuren und Kämpfern weiterzuentwickeln und jedem, den er betrifft, zu helfen, noch bewußter die Stellung eines einfachen Soldaten einzunehmen und sich mit ganzem Herzen dem Dienst am Volke zu widmen.

(Aus "Peking Rundschau" Nr. 22/65)

Dshu Bai-lan:

Der leuchtende Spiegel

Im "Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, behauptete der deutsche Dichter Arnold Zweig vor einiger Zeit, die Führung der Kommunistischen Partei Chinas nehme in der Frage Krieg und Frieden eine erschreckende und abstoßende Haltung ein. Die als Professorin an der Universität von Kanton tätige Genossin Dshu Bai-lan (Klara Blum), ein bekanntes Mitglied des Allchinesischen Schriftstellerverbandes, sandte dem alternden Dichter daraufhin eine in Versform gehaltene Antwort, die auch in "Renmin Ribao", dem Zentralorgan der KP Chinas, veröffentlicht wurde. Genossin Dshu Bai-lan, mit der wir in Briefwechsel stehen, stellt uns nun liebenswürdigerweise den deutschen Text ihres Gedichtes zur Verfügung. Wir schätzen die uns erwiesene Ehre umso höher, als es sich um die erstmalige Veröffentlichung des Gedichtes in deutscher Sprache handelt.

Liegt vor Kanton ein Stausee, ein riesiger See,
Ist geschaffen von Arbeiterhand;
Hat gereinigt das Leben von Ängsten und Weh.
Und ich schreib Dir und zeig Dir als Spiegel den See,
Bis Du endlich die Wahrheit erkannt.

Denn vor Chinas Tor lärmt ein Anschwärzerchor,
Nennt uns Streithengste, lüstern nach Krieg.
Und auch Deine Stimme tönt sinnlos im Chor.
Alter Lehrer! Den Lichtspiegel halt ich Dir vor --
Flieg nach Deutschland, Lichtwölkchen, flieg!

Wir versenkten im See das vergangene Leid,
Das Jahrhundert der Demütigung:
Unter fremden Griffen stand stille die Zeit.
Jeder Fortschritt erstickte in Wehrlosigkeit,
fremde Griffe brachen den Schwung.

Von der Dürre versengt, von der Sturmflut ertränkt,
Schlecht beschützt vom veralteten Damm -
Keine Qual, keine Todesart blieb uns geschenkt.
Die Natur war ein Dämon, vom Schicksal gelenkt,
Und das Volk war ihr Opferlamm.

Doch das Opferlamm war ein Löwe zugleich
Und warf ab das Fell der Geduld.
Und schlug los mit den Tatzen, Streich gegen Streich:
"Daß wir stillstehn und stillstehn, wer trägt da die Schuld?
Weltbeherrscher, hinaus mit euch!"

Unter fremden Griffen stand stille die Zeit,
Bis das Volk sich den Griffen entwand.
Wer hat China befreit? - Es hat selbst sich befreit.
Mit dem Recht und der Macht in der Arbeiterhand
Wird zum neuen Land unser Land.

Und der Kuli von einst, der Erfinder von heut
Grub vor Kanton den riesigen See,
Und begrub seine einstige Wehrlosigkeit.
Seine Hand ist beseelt, sein Gedanke reicht weit...
Blick hinein in den spiegelnden See.

Waren Himmel und Erde von Regen schwer,
Schuf das Volk sich ein Pumpenheer.
Seine starken Pumpen schnappten die Flut,
Und der Stausee trank sie und wahrte sie gut.
Hockt die Dürre im Lande mit dörrender Glut,
Gibt es doch keine Wassernot mehr.

Nebenan, in der britischen Kronkolonie,
Mensch und Erde nach Wasser schrie.
China sandte nach Hongkong vom hilfreichen Naß,
Chinas Weiden erglänzen von taufrischem Gras,
Auch zur Dürrezeit grünen sie.

Und Du hältst uns für Streithengste, lüstern nach Krieg?
- Keine Arbeitermacht will den Krieg.
Doch der Arbeiter hütet sein redliches Glück.
Den, der nachts über seine Grenzpfähle stieg,
Schlägt er richtig und tüchtig zurück.

Von den Weltherrschern weht noch ein giftiger Hauch,
Ihre Hand kriecht landaus und landein.
Wo die Völker emporblühn, da greift sie hinein.
Wie Guantanamo droht, so droht Taiwan auch!
Wehrlos darf der Gerechte nicht sein.

Aber blick in den Spiegel: er leuchtet vor Mut,
Weil das Volk sich den Griffen entwand.
Und so tränkt er die Dürre, so trinkt er die Flut.
War das Leben einst Qual, ist das Leben jetzt gut
Und das Ödland ein Blütenland.

Liegt vor Kanton ein riesiger spiegelnder See,
Dem mein Brief als ein Wölkchen entstieg.
Du mein irrender Lehrer! Bedenk und versteh:
Keine Arbeitermacht will den dritten Krieg.
Flieg nach Deutschland, Lichtwölkchen, flieg.

Die bisherigen Erfahrungen mit der „Mitbestimmung"

Daß die Parole der sogenannten "Mitbestimmung" nicht den Arbeitern hilft, sondern den Unternehmern, ist heute nicht mehr eine Vermutung oder Befürchtung, sondern läßt sich bereits an mehreren Beispielen beweisen. Wie schaut es denn dort aus, wo "mitbestimmt" wurde bzw. wo von der KPÖ "Siege der Mitbestimmung" gefeiert wurden?

In den Schoeller-Bleckmann-Werken in Ternitz wurde im Vorjahr die Entlassung von 700 Arbeitern angedroht. Die Situation des Betriebes mache dies unweigerlich notwendig, wurde erklärt, sonst würde der vollständige Zusammenbruch eintreten. Die "Lösung", die gefunden wurde, ist bekannt: Um den angedrohten Abbau zu verhindern, stimmten die Betriebsräte einer Leistungssteigerung um ungefähr 6,5 Prozent ohne Abgeltung zu. Was den Arbeitern als "Teilerfolg" dieser "Mitbestimmung" gepriesen wurde - die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 42 1/2 Stunden wöchentlich bei halber (!) Abgeltung, ist ebenso bedenklich, ganz abgesehen davon, daß eine neue Pausenregelung, der ebenfalls zugestimmt wurde, die Arbeitszeit wieder verlängert. In der Folge erfüllten die Arbeiter ihren Teil der "Mitbestimmung" und die Leistungssteigerung wurde erbracht. Von einer Sicherung der Arbeitsplätze ist aber heute genausowenig zu bemerken wie vor einem Jahr.

Waren die Arbeiter bei Schoeller-Bleckmann ausnahmslos Revisionisten oder haben sie vielleicht die Gefahr nicht erkannt? Keineswegs war es so. Unter den Arbeitern, vor allem unter den Kommunisten, gab es sogar starken Widerstand gegen diese Art der "Mitbestimmung" und herrschte die Meinung vor, daß die beschlossenen "Sanierungsmaßnahmen" entschieden bekämpft werden müßten, wenn die Arbeiter nicht zu Schaden kommen sollen. Wiederholt sickerten auch Hinweise dafür durch, daß die Androhung des Abbaus von 700 Kollegen nur fingiert und zwischen Betriebsleitung und Geschäftsführung des Betriebsrates abgesprochen war, um die beabsichtigte Produktivitätssteigerung durchsetzen zu können, ohne dementsprechende Lohnforderungen der Arbeiter auszulösen. Aufgezeigt durfte diese Manipulation allerdings nicht werden. Ein diesbezügliches Flugblatt der Ternitzer Genossen wurde von den "Mitbestimmern" im ZK der KPÖ zensuriert. Dabei verstieg man sich sogar zu der Behauptung, daß es wenig Sinn habe, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen, da der SP-Betriebsratsobmann zuviel Ansehen bei den Arbeitern genieße. Lieber hat man es damals zugelassen, daß ehrliche kommunistische Funktionäre sozusagen mit Haut und Haaren der SP-Argumentation ausgeliefert waren, die zu einem Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft führte.

Ein anderes Kapitel in der Geschichte der "Mitbestimmung" spielte sich im Wiener Neustädter Rax-Werk ab. Seit Jahren wurde der Betrieb systematisch heruntergewirtschaftet. Beim Raxwerk beweist sich die Tatsache, daß die Verstaatlichung an und für sich nicht zur Stärkung des Einflusses der Arbeiterschaft führt, wie das die Revisionisten so gerne behaupten. Seit 1955 wurde der Belegschaftsstand im Rax-Werk fast um die Hälfte reduziert. Vor einigen Monaten mußten die Arbeiter eine zehnprozentige Kürzung ihrer Akkordsätze in Kauf nehmen. Nahmen sie diese Lohnkürzung etwa gerne auf sich, "mitbestimmend" und "mitverantwortend", weil das Unternehmen "notleidend" war? Nein! Die Kürzung wurde ihnen aufgezwungen, weil der Druck der Unternehmensleitung rücksichtslos war, der Kampf der Arbeiter dagegen aber ohne entschlossene Führung! Die hunderte Arbeiter, die im Lauf der vergangenen Monate das Rax-Werk verlassen haben, sind zum Großteil sehr ungern gegangen. Aber man hat ihnen keine Wahl gelassen. Denn während die eine Seite auf die "Mitbestimmung" hoffte, hat die andere Seite mit aller Bestimmtheit vollzogene Tatsachen geschaffen. Der nächste Schritt war die Drohung mit der Schließung des Rax-Werks und dem Abbau aller Arbeiter. Und sogleich zeigten sich wieder die Abwege der sogenannten "Mitbestimmung": in der kaum verhehlten Bereitschaft, sogar die Entstaatlichung und Reprivatisierung zu schlucken, wenn nur der Arbeits-

platz erhalten bleibe. Die Geschichte der "Mitbestimmung" im Raxwerk ist eine Geschichte fauler Kompromisse und immer ärgerer Kapitulationen.

Dabei ist dort klarer als irgendwo sonst: Wenn der Staat als Besitzer wirklich will, dann gibt es keine Krise dieses Werkes. Aber der Staat will nicht. Denn er ist ein Staat im Dienste des Kapitalismus und die Kapitalisten wollen die Profite einstecken, die zu holen sind, wenn auf dem Rücken der Arbeiter ein erfolgreicher Schacher gelingt. Auch wenn die "Mitbestimmer" sogar die Reprivatisierung als einen "Teilerfolg" betrachten werden - den Kapitalisten kann es gleich sein, welche ihrer beiden Varianten sich durchsetzt: entweder gleich reprivatisieren oder vorher erst einige Zeit zusperren. Ist das Rax-Werk einmal reprivatisiert, dann wird sich schnell herausstellen, wie "rentabel" es eigentlich ist und jeder wird das Seine haben - die ÖVP ihr Argument, daß nur Privatbetriebe florieren können, die Kapitalisten ihren unmittelbaren Profit, der Staat eine "Sorge" weniger und die Arbeiter einen Haufen sozialer und anderer Nachteile.

In Grünbach hat die Mitbestimmungs-Theorie dazu geführt, daß die Möglichkeiten eines wirksamen Massenwiderstands weitgehend vertan wurden und die Arbeiter in ihrem Kampf ohne klare, richtungweisende Führung blieben. Jetzt erschöpft sich die "Mitbestimmung" dort schon in den Verhandlungen um befriedigende Abfertigungen usw.

Ein weiterer Sieg der "Mitbestimmung" wurde schließlich durch den Zusammenschluß von ÖMV-Martha-Örop erreicht - so wird zumindest behauptet. Was hier als Erfolg der "Mitbestimmung" dargestellt wird (nämlich der Zusammenschluß eines verstaatlichten Unternehmens mit zwei staatlich verwalteten Betrieben), hat jedoch vor allem den österreichischen Kapitalisten und den ausländischen Erdölmonopolen Vorteile gebracht. 200 Millionen erhielt der Finanzminister, 26 Prozent der Örop-Aktien gehen ans Privatkapital - was die "Mitbestimmer" schamhaft als "Schönheitsfehler" bezeichnen - und die ausländischen Erdölkonzerne können, gestützt auf geheime Abmachungen, ihren Einfluß in der österreichischen Erdölwirtschaft verstärken.

Bedeutet dieser offensichtliche Bankrott der "Mitbestimmungs"-Theorie, daß die Arbeiter in den Betrieben nichts "mitzureden" haben und die Unternehmer einfach diktieren lassen müssen? Nur ein Demagog könnte so etwas schlußfolgern oder uns als Schlußfolgerung in die Schuhe schieben. Schließlich hat es große - und erfolgreiche - Kämpfe der Arbeiterschaft schon zu einer Zeit gegeben, als die Propaganda der "Mitbestimmung" noch nicht erfunden war. Die Arbeiter können sich gegen die Angriffe der Unternehmer zur Wehr setzen und können sich auch gegen deren stärksten Druck erfolgreich behaupten, wenn sie das auf der richtigen Grundlage, auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes, und nicht auf dem trügerischen Boden einer sogenannten "Mitbestimmung" tun, die sie nur zu unfreiwilligen Hampelmännern der Unternehmer, zu erbarmungswürdigen Opfern ihrer Kanzleitricks und Finanzmanipulationen macht.

A.J.

AUS DEN ORGANISATIONEN

Zweierlei Veranstaltungen in Krems

VERSAMMLUNGEN DER KREMSER MARXISTEN-LENINISTEN

Eine Gruppe Kremser Kommunisten lud vor einiger Zeit den Herausgeber der "Roten Fahne" ein, über seine Reisen in die Volksrepubliken China und Albanien zu berichten und die von diesen Reisen mitgebrachten Schmalfilme zu zeigen. Die Veranstaltung fand darauf im Lokal der FÖJ statt, das zu diesem Zweck schön dekoriert worden war. Vor Beginn des Abends erschienen zwei Leitungsmitglieder der FÖJ und ersuchten - anscheinend hatte ihnen jemand solche Befürchtungen eingeflößt - der Referent sollte während der Reiseberichte nicht auf die KPÖ bzw. auf die Sowjetunion "schimpfen". Als sie sich kurz darauf überzeugen konnten, daß niemand die Absicht hatte, Argumente durch Geschimpfe zu ersetzen, beteiligten sich die FÖJ-Genossen selber ausgiebig an der sehr lebhaften Diskussion, die bis in die späten Nachtstunden dauerte und in sachlichem, freundschaftlichem Ton geführt wurde.

Die Fülle der aufgeworfenen Fragen zeigte, daß eine baldige Fortsetzung der Diskussion angebracht sei und sie wurde schließlich auch vereinbart. Als einige Genossen ihre Sorge äußerten, die Bezirksleitung der KPÖ werde einer solchen Diskussion im Heim der FÖJ "das Gas abdrehen", erklärten die FÖJ-Vertreter bestimmt, daß sie selber die Hausherren seien und niemand sonst.

Doch leider behielten die Skeptiker recht und nicht die "Hausherren". Der Kremser Bezirkssekretär der KPÖ erschien persönlich bei einem Aktivisten der "Roten Fahne", um ihm kurzerhand zu erklären, daß eine weitere Diskussion über Albanien und China im FÖJ-Heim nicht geduldet würde und das Lokal dazu nicht hergegeben werde. So ergibt sich die groteske, aber bezeichnende Situation, daß die Bezirksleitung der KPÖ zwar durchaus bereit ist, das Kremser FÖJ-Lokal regelmäßig für Veranstaltungen der Pfadfinder zur Verfügung zu stellen, nicht aber für Vorträge und Bildberichte von Marxisten-Leninisten über zwei sozialistische Länder.

Die revisionistischen Angstmeier haben natürlich das Gegenteil dessen erreicht, was sie eigentlich wollten. Sie haben die Kremser Genossen gezwungen, sich eben ein anderes - größeres - Versammlungslokal zu suchen. Die dort am 30. Oktober durchgeführte Fortsetzung der Reiseberichte und Diskussionen über Albanien und China fand regeren Zuspruch als die erste Veranstaltung und es ist jetzt schon gewiß, daß weitere Versammlungen der Kremser Marxisten-Leninisten stattfinden werden - jetzt auch über aktuelle innen- und außenpolitische Themen.

EINE OFFIZIELLE KPÖ-VERANSTALTUNG IN KREMS

Die Tätigkeit der Kremser Marxisten-Leninisten hat die Bezirksleitung der KPÖ auch in anderer Beziehung aktiviert. Für den 27. Oktober organisierte sie eine Veranstaltung, bei der Dr. Theodor Prager über "Das heutige Gesicht des Kapitalismus" referierte. Die Versammlung zeigte erneut, wie weit die Entartung der "Theoretiker" und der Politik der KPÖ-Führung bereits geht.

Schon die Vorgeschichte der Versammlung ist interessant. Viele Kommunisten erhielten keine Einladung, da man befürchtete, sie würden den Thesen des Referenten entgegentreten und "Schwierigkeiten" machen. Einige dieser Genossen haben von der Veranstaltung aber doch erfahren: zu ihrer Überraschung auch durch ihre Ankündigung in der "Land-Zeitung", dem Organ des berüchtigten Kameradschaftsbündlers Faber! Faber ist Mitglied des Gemeinderates und gehört der ÖVP-FPÖ-Wahlgemeinschaft an, seine politische Vergangenheit reicht von der Heimwehr bis zur NSDAP und sein Blatt ist eines der reaktionärsten in ganz Niederösterreich.

Außer dem Referenten und seinem Chauffeur waren 18 Zuhörer erschienen. Der Be-

zirkssekretär klagte, daß er ungezählte Einladungen an SP-Mitglieder ausgeschickt habe, darunter an 55 Betriebsräte und Betriebsratsobmänner, aber keiner davon sei erschienen. Als einer unserer Genossen tags darauf einen der vergeblich Eingeladenen fragte, warum er nicht gekommen sei, erklärte dieser: "Früher bin ich hie und da zu Euch gegangen, weil Ihr gezeigt habt, wie man den Kampf vorwärtstreiben muß. Jetzt reden Eure Leute noch flauer als die unseren. Ich geh nicht einmal zu unseren Versammlungen, weil ich den Quargel nicht mehr anhören kann - und da soll ich dasselbe jetzt bei Euch anhören?"

Das Referat leitete Prager damit ein, daß er über den Kapitalismus grundsätzlich nicht viel sagen werde, weil keine SP-ler da sind und er voraussetze, daß die anwesenden Kommunisten ohnehin im Bilde wären. Er werde nur über einige bemerkenswerte Züge des heutigen Kapitalismus sprechen, die Grundlage für die praktische Arbeit der Kommunisten sein sollen. Und dann folgte das ganze Register der "neuen" Entdeckungen, wie sie aus den Thesen und Beschlüssen des 19. Parteitags der KPÖ ja bekannt sind. Man hörte die "Erkenntnisse" von der erstaunlichen Lebensfähigkeit des Kapitalismus, von seinem erstaunlichen langjährigen Wachstum, von der erstaunlichen Vollbeschäftigung, der erstaunlichen Erhöhung des Familieneinkommens, sei es auch durch Pfusch und Überstunden, usw. Die Ursachen dieser frappierenden Erscheinungen sieht Dr. Prager im Nachholbedarf nach 1945, in der politischen Hilfe des amerikanischen Kapitals an seine moralisch und materiell heruntergekommenen europäischen "Klassengenossen" und letztlich in der Rüstung. Neue Momente bildeten weiters der staatliche Interventionismus, die Vorfinanzierung durch den Staat, die neue Rolle der verstaatlichten Betriebe u.a. Seit 1945 sei auch in Europa eine Offensive der Arbeiterklasse im Gang, deren Forderung nach "Planung", "Mitbestimmung" und Verstaatlichung den Kapitalismus zu einer "Flucht nach vorne" zwinge. Die Planung in Frankreich zum Beispiel sei so großartig, daß die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion davon lernen können. Ein Erfolg der KPÖ sei es gewesen, daß Pittermann das zehnjährige Investitionsprogramm und das Eventualbudget in der österreichischen Regierungspolitik eingeführt habe. Es zeige sich, daß es nicht darauf ankommt, wer was fordert, Hauptsache, es wird durchgeführt; entscheidend sei jedenfalls, daß es heute in Österreich keine Krisen und keine Verelendung gebe.

Als größte Errungenschaft des heutigen österreichischen Staates wertete Dr. Prager die bestehende Demokratie - im Gegensatz zu den Zuständen in Volksdemokratien, weil ja bei uns kein Kommunist und Demokrat eingesperrt ist. Die oft entsetzlichen Verhältnisse in den Volksdemokratien seien eine Folge der Fehler Stalins. Er, Dr. Prager, werde zornig, wenn er daran denke. Leider habe man in den Volksdemokratien die Führungskader kaum ausgewechselt und so sei das Wachstum der Wirtschaft zum Stillstand gekommen.

Im Wettbewerb der Systeme werde aber trotzdem der Sozialismus siegen - das war der Weisheit letzter Schluß des "marxistischen" Referats Dr. Pragers, das bei seinen Zuhörern kaum einen solchen Eindruck zu hinterlassen geeignet war.

In der anschließenden Diskussion erwies es sich, daß trotz der von der Führung seit Jahren betriebenen Vernebelungspolitik die Genossen - wenn auch manchmal unklar - ihre marxistischen Auffassungen zum Ausdruck brachten und verteidigten. Von der Frage eines ehemaligen Betriebsrates der Hütte Krems, warum eigentlich die Amerikaner heute nicht mehr andere für sich bluten lassen können und ihren Krieg in Vietnam immer mehr selber führen müssen, wurde Dr. Prager einigermaßen aus dem Konzept gebracht. Im Gegensatz zu seinen vorherigen Ausführungen über die erstaunliche Stärke des Kapitalismus mußte er zugeben, daß das ein Zeichen der Schwäche sei. Aber, um rasch abzulenken, kam Dr. Prager sofort auf das sozialistische China zu sprechen und behauptete, daß die Chinesen gerne andere bluten lassen wollten und bereit seien, bis zum letzten Vietnamesen zu kämpfen. Auf den Zwischenruf "Kurier-Weisheit!" konterte Dr. Prager, der Wiener "Kurier" habe schon oft die Wahrheit geschrieben, ohne daß es die Kommunisten zur Kenntnis genommen hätten. Ein Gemeinderat der KPÖ bedauerte im Laufe seines Diskussionsbeitrags, daß er die Dokumente der linken Strömung in der kommunistischen Bewegung leider nicht kenne. Der Genosse wird sie nun erhalten. Ein anderer Funktionär machte Dr. Prager den Vorwurf, daß er bei seiner Einschätzung der Volksdemokratien wie der Gegner urteile, anstatt die Verschiedenheiten der Entwicklung und die Erfolge aufzuzeigen. Die Antwort Dr. Pragers war, daß dieses Problem ein "heißes Eisen" sei, er aber auf seinem Standpunkt bleibe. Es sei auch die Schuld der KPÖ, daß es in den Volksdemokratien schlecht steht, weil sie immer zu allem ja gesagt hat.

Im Schlußwort gab der Referent noch einige weitere erstaunliche Entdeckungen zum Besten, darunter die, daß für die Arbeiterbewegung in Hinkunft materielle Dinge immer weniger Rolle spielen würden. Ob er persönlich das Doppelte verdienen könne, sei ihm nicht wichtig, da er auch jetzt genug hat, seine beiden Kinder die Mittelschule besuchen zu lassen, sich ein Auto leisten kann usw. Viel wichtiger sei der Kampf um mehr Freizügigkeit, mehr Demokratie und dergleichen. Unsere Orientierung müsse die "italienische" (d.h. die Linie Togliattis) sein, welche die KPÖ ja eigentlich schon vor den Italienern entwickelt habe. Natürlich könne es passieren, daß wir wieder abrutschen und auch mit dieser Orientierung keinen Erfolg haben. Auf die Bezeichnungen "Revisionismus" usw. werde er nicht eingehen, erklärte der Referent. Er brauche sich nicht mit Worten zum Klassenkampf zu bekennen, seine Darlegungen selbst seien Klassenkampf. Damit endete der Abend.

SOLIDARITÄT MIT VIETNAM

Seit unserer letzten Veröffentlichung über die Summe der bei der Redaktion der "Roten Fahne" eingegangenen Solidaritätsspenden für Vietnam (RF, Nr.42 vom 15.9.1965) sind weitere

S 3.252,23

bei uns eingelaufen, sodaß sich für die zweite Etappe unserer Solidaritätsaktion für Vietnam ein Gesamtergebnis von

S 8.401,23

ergibt. In dieser Summe ist der den südvietnamesischen Genossen im Sommer bereits übergebene Betrag, der das Sammelergebnis der ersten Etappe einschließlich eines Zuschusses aus den Eigenmitteln der "Roten Fahne" enthält, nicht mit eingerechnet.

Jene unserer Leser, die sich an der Solidaritätsaktion bisher noch nicht beteiligt haben und sich des dieser Nummer der "Roten Fahne" beiliegenden Erlagscheins bedienen wollen, bitten wir, auf dessen Rückseite unbedingt den Vermerk "VIETNAM" anzubringen.

*

ZUSCHRIFTEN AN DIE "ROTE FAHNE"

ob sie nun Anregungen, Vorschläge und eigene Beiträge oder ob sie Kritiken und Polemiken enthalten, sind für uns eine Lebensnotwendigkeit. Auch wenn wir infolge Arbeitsüberlastung viele Briefe sehr verspätet beantworten, findet jede Zuschrift aufmerksame Beachtung und in irgendeiner Form ihre Wiederspiegelung und Nutzanwendung in der Zeitung selbst.

Ein Leser schreibt uns:

NACH DEN TIROLER WAHLEN

Am Sonntag, den 17. Oktober 1965, wurden in Tirol die Landtags- und Gemeinderatswahlen abgehalten. Nun werfen sich folgende Fragen auf:

1. Was hat sich bei den Wahlen gezeigt?
2. Was ist die Meinung der Sozialisten?
3. Was ist, oder besser, was wird die Meinung der Kommunisten sein?

Tatsache ist folgendes: Das ZK der KPÖ und die Tiroler Landeskonferenz haben ihren Wählern empfohlen, bei den Landtagswahlen die Stimmen der SPÖ, bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck jedoch der KPÖ-Liste zukommen zu lassen. Abgesehen davon, daß eine solche Wahltaktik nicht gerade von politischer Konsequenz zeugt, erhebt sich die Frage, wem sie nützt. Was man damit erreichen wollte, ist klar. Durch solche Zugeständnisse an die SP-Führung will man diese für eine raschere Erledigung der Wahlrechtsreform günstig stimmen, um vielleicht bei den Nationalratswahlen 1966 ein Mandat erreichen zu können.

Wie sieht dies nun in der Praxis aus? Die Tiroler Wahlergebnisse zeigen es deutlich: Bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck, wo eine eigene Liste existierte, gelang es der KPÖ, ein Mandat zu erringen. Eine ganz andere Situation ergab sich bei den Landtagswahlen. Dort, wo die KPÖ ihren Wählern empfohlen hatte, der SPÖ ihre Stimme zu geben, hat diese ein Mandat verloren, die ÖVP aber zwei Mandate gewonnen. Es scheint, daß sich viele frühere KPÖ-Wähler in Tirol nicht von ZK-Empfehlungen leiten lassen, sondern weiterhin wissen, wo die Feinde der Arbeiterschaft zu suchen sind, nämlich nicht nur bei der ÖVP und der FPÖ, sondern auch in der SP-Führung. Die kommunistischen Wähler in Tirol haben damit mehr politische Reife gezeigt als die KPÖ-Führung.

Welche Antworten gibt es nun auf die drei eingangs gestellten Fragen? Die erste Frage lautete: Was hat sich bei den Wahlen gezeigt? Darauf gibt es nur eine Antwort: Politische Konsequenz und Verfolgung eines bestimmten Zieles macht sich immer bezahlt. Das beweist das eine Mandat im Gemeinderat von Innsbruck, an das nicht einmal Mitglieder des Zentralkomitees geglaubt haben. Politischer Handel und Verkauf von Wählerstimmen bringt dagegen nie den gewünschten Erfolg. Trotz der vielfachen Aufforderungen und Angebote seitens des ZK der KPÖ hat die SP-Führung ihren Plan der Wahlrechtsreform (welche die FPÖ und nicht die KPÖ stärken sollte) ohne weiteres fallengelassen, als die ÖVP Einwände erhob. Damit ist das erste Argument für die ZK-Taktik ("Zugeständnisse an die SPÖ für ein besseres Wahlgesetz") indiskutabel geworden. Aber auch das zweite Argument der ZK-Strategen ("SPÖ stärken, um die Reaktion zu schwächen") erweist sich jetzt nicht nur als politisch grundfalsch, sondern auch als taktisch wirkungslos, ja von umgekehrter Wirkung. Denn schließlich wurde die ÖVP nicht geschwächt, sondern gestärkt und hat nun in Tirol "endlich" die lang ersehnte Zweidrittelmehrheit erhalten. Dazu hat auch die Wahlempfehlung des ZK beigetragen, da sie der ÖVP die Möglichkeit gab, den von der SPÖ immer wieder forcierten Antikommunismus gegen diese Partei selbst auszuschlachten und viele ehemalige SP-Wähler auf ihre Seite zu ziehen.

Nun zur zweiten Frage: Was ist die Meinung der Sozialisten? Es ist erwiesen, daß viele Sozialisten alles andere als erfreut waren, als sie von der "Hilfe" durch das ZK der KPÖ erfuhren. Nun ist auch erwiesen, daß sie ihre Ahnungen nicht täuschten. Denn diese "Hilfe" hat ihnen stimmenmäßig mehr geschadet als genützt. Sie hat, genau gesagt, zum Verlust ihres Mandats beigetragen. Die SPÖ-Führung, die ja in der Kommunistenhetze stets an erster Stelle stand, wird daraufhin der KPÖ kaum freundlicher entgegenkommen und ihre Hetze eher verstärken. Ob das nun auch das ZK der KPÖ zur Kenntnis nehmen wird, ist eine andere Frage. Ich persönlich glaube nicht daran, denn angeblich soll sich die SPÖ ja so sehr "geändert" haben.

Daraus ergibt sich nun, daß die Beantwortung der dritten Frage „Was wird die Meinung der Kommunisten sein?" problematisch ist. Da die Führung der KPÖ in letzter Zeit ihre Meinungen der jeweiligen

Tagessituation anpaßt und auf Grundsätze verzichtet hat, ist auch nicht vorauszusehen, welche Meinung sie jetzt vertreten wird. Man wird also auf die neuen Weisungen gespannt sein können.

Ich für meinen Teil würde aber allen Genossen, die vielleicht eine eigene Meinung haben, gut raten, diese an die ZK-Meinung anzugleichen. Die Gefahr eines Ausschlusses aus der Partei wegen "fraktionistischer Tätigkeit" und "parteifeindlicher Haltung" schwebt über ihnen!

Peter Sixt

PROTESTE IN DER KP FRANKREICHS GEGEN DIE UNTERSTÜTZUNG DER PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATUR MITTERANDS

Der Beschluß der Leitung der KP Frankreichs, die Kandidatur Mitterands bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen, hat in weiten Kreisen der Parteimitglieder, insbesondere in der kommunistischen Jugend, Unruhe hervorgerufen. Gleich nach Verkündung der Unterstützung dieser Kandidatur hat sich die Sektion der kommunistischen Studenten der philosophischen Fakultät der Pariser Sorbonne (Universität) mit Nachdruck gegen einen solchen Beschluß ausgesprochen. In der Erklärung der kommunistischen Studenten heißt es:

"Mitterand ist entschlossener Anhänger des Atlantikpaktes und ehemaliger eifrigster Verteidiger eines 'französischen' Algerien. Seine Losung war: die einzige Verhandlungsmethode (mit den algerischen Freiheitskämpfern) ist der Krieg! Mitterand, der während der 4. Republik elfmal Minister war, ist geradezu ein Sinnbild der Vergangenheit, die von der Arbeiterklasse und den arbeitenden Massen abgelehnt wird."

Der Entschluß der KP Frankreichs, für Mitterand zu stimmen, wird von den kommunistischen Studenten als Opportunismus und richtiggehender Verrat bezeichnet.

Besonders bezeichnend ist der Umstand, daß in der - von der KPF vor einiger Zeit von Oppositionellen "gesäuberten"-Landesleitung der kommunistischen Studenten bei einer Sitzung, in der sie aufgefordert wurden, Mitterand aktiv zu unterstützen, siebzehn von fünfzig Leitungsmitgliedern ablehnten.

Die Leitung der KPF hat gegen diese oppositionellen Strömungen mit disziplinären Maßnahmen reagiert und unter anderem die Leitung der kommunistischen Studenten in Lyon suspendiert und unter Bruch der Statuten eine mitterandfreundliche Leitung eingesetzt. Die Opposition ist indessen nicht auf die Organisationen der kommunistischen Studenten beschränkt. Eine Reihe anderer kommunistischer Jugendgruppen haben ebenfalls ihre Ablehnung der Kandidatur Mitterands kundgetan, desgleichen eine Anzahl von Parteizellen.

●

DER STREIK BEIM ZENTRALORGAN DER BELGISCHEN REVISIONISTEN

Am 18. Oktober 1965 traten die Redakteure des Zentralorgans der belgischen Revisionisten, "Le Drapeau Rouge", in den Streik, um ihren Gehaltsforderungen Nachdruck zu verleihen. Schon in den vorhergehenden Tagen hatten die Redakteure eine Art passiver Resistenz durchgeführt, sodaß die revisionistische Zeitung nur in sehr beschränktem Umfang erscheinen konnte. Da die Verlagsleitung, die natürlich vom Polbüro der revisionistischen Partei dirigiert wird, die Forderungen der Redaktionsangestellten in einer provozierend schroffen Art ablehnte, wurde schließlich der Streik ausgerufen. Seit dem 19. Oktober kann somit das Zentralorgan der belgischen Revisionisten nicht mehr erscheinen.

Im Bestreben, das Wiedererscheinen des Blattes jedenfalls noch vor dem am 23. Oktober beginnenden 16. Parteitag der Revisionisten zu sichern, ließ sich eine vom Polbüro eingesetzte Kommission unter der Leitung von Terfve dazu hinreißen, Repressalien zu ergreifen. Als sie die Entlassung des Redaktionssekre-

tärs Dethier verfügte, der dem Redaktionsstab der "Drapeau Rouge" seit 18 Jahren angehört, erklärte sich das gesamte Personal der Parteidruckerei mit den Redakteuren und mit Dethier solidarisch und stellte ebenfalls die Arbeit ein.

Die Erbitterung der Streikenden ist vor allem deshalb so groß, weil die Leitung einer sich als kommunistisch bezeichnenden Partei ihnen gegenüber Methoden angewandt hat, die den Praktiken scharfmacherischer Unternehmer entsprechen.

Da der Streik am 23. Oktober, als der revisionistische Parteitag - dem auch eine Begrüßungsadresse der KPÖ vorliegt - eröffnet wurde, uneingeschränkt andauerte und das Zentralorgan noch immer nicht erscheinen konnte, gelang es den Revisionisten auch nicht, die Diskussion der Angelegenheit auf dem Parteitag zu verhindern. Der Parteivorsitzende Brunelle griff in diese Diskussion mit einer längeren Erklärung ein, die den Streik als von der SP und vom Klassenfeind eingefädelt in Mißkredit zu bringen und die streikenden Arbeiter und Redakteure als "Parteifeinde" hinzustellen versuchte. Um von ihrer peinlichen Lage abzulenken, organisierten die belgischen Revisionisten sodann auf dem Parteitag eine üble antichinesische Hetze. Sie bedienten sich dabei eines Provokateurs, der behauptete, ein "prochinesischer" belgischer Kommunist habe ihm nicht mehr und nicht weniger als 100.000 belgische Francs für den Fall angeboten, daß er auf einer Liste der KP Belgiens (Marxisten-Leninisten) kandidiere.

Am 31. Oktober dauerte der Streik noch an. Wie grotesk die Situation bei den belgischen Chruschtschowianern ist, geht daraus hervor, daß ihnen der belgische Arbeitsminister Servais, ein Christlichsozialer, das Angebot machte, auch ihre Nöte durch die Ingangsetzung der amtlichen Schlichtungsprozedur bei Streiks zu beheben. Dieses "Schlichtungsverfahrens" bei Konflikten zwischen "Arbeitgebern" und "Arbeitnehmern" werden sich die Revisionisten aber schwerlich bedienen können, weil es ein Instrument des amtlichen Streikbruchs ist, dessen Inanspruchnahme für sie verheerende Folgen hätte.

●

WIR SIND GERNE BEREIT, ernsten Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit kostenlos und unverbindlich zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Am zweckentsprechendsten ist es freilich, sie gleich zu abonnieren.

Jahresabonnement . . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement . . . 35,-
(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101